

Deutschland.

Berlin, 12. Mai. Während das offizielle Organ der Sozialdemokratie wiederholt mit großer Heftigkeit hervorhebt, daß die Waisenfürsorge eine Störung der öffentlichen Ordnung veranlassen sei, wie es auch nicht anders erwartet werden dürfte, und es eine „unberechtigte Verleumdung der arbeitenden Bevölkerung“ nennt, das „Antischlächter des deutschen Reichs“, der „Reichsanzeiger“, andeutet, bei günstigen Umständen wäre ein anderer Verlauf nicht unmöglich gewesen, ist dagegen das Organ der Unabhängigen, dessen Feuilleton wegen seines aufreizenden Inhalts beschlagnahmt worden, sehr unzufrieden, daß der erste Mai ohne Radau vorübergegangen ist, und der „Sozialist“ zieht daher in seinem Aergerniß, mit „höhnenden Worten“ gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Einige Sätze aus dem mit dem Anarchismus liebäugelnden Blatt sind zur Veranschaulichung des Bildes, das die Waisenfürsorge gewährt hat, wohl am Platze. Da heißt es u. a.:

„Ein internationales Kaffeefocher und Kuchenessen kann, außer höchstens den Theilnehmern, Niemandem gefährlich werden. Jedenfalls geht dabei die bürgerliche Weltordnung nicht aus den Fugen. Eine veraltete Feierritus ist, das sich selbst kapitalistische Blätter dafür erwärmen konnten.“

An einer anderen Stelle bespricht das Blatt, wohl nicht mit Unrecht, die Behauptung der sozialdemokratischen Organe, daß die Feierritus außerordentlich an Bedeutung gewonnen habe, daß der 1. Mai auf einen Sonntag fiel.

Im Gegentheil, gerade weil der 1. Mai ein Sonntag war, deshalb legen wir der Sache in diesem Jahre nicht den geringsten Werth bei. Am allergeringsten hat die sozialdemokratische Waisenfürsorge in Deutschland irgend welche Bedeutung gehabt; die Orden und Ehrenzeichen haben die Sache womöglich noch lächerlicher gemacht, als sie durch die Schuld der Sozialdemokratie ohnehin schon geworden war. Es wäre auch geradezu kindisch, wenn sich die Bourgeoisie wegen eines Sonntagsgesangs den Schlaf rauben ließe.“

Die Unzufriedenheit des „Sozialisten“ erstreckt sich sogar auf diejenige Waisenfürsorge, die durch den dabei veranstalteten Festzug mehr hervorragt, die Feierritus in Hamburg nämlich, die nach dem genannten Organ den Eindruck eines Jahrmarkts trübsel gemacht haben soll. „Schanzente und sonstiger Kram-Wim waren genug vertreten.“ Die angelegte Ausrüstung des Polizeipräsidenten; Wenn es dieses mal gut ginge, dürften die Hamburger jedes Jahr einen Umzug halten, sei kein Zeichen von besonderer Eleganz gewesen, denn eine Kundgebung, in einem solchen Rahmen gehalten, könne die Bewegung nur verfluchen.

Die Großherzogin von Mecklenburg-Schwedt hat, wie den „West. Nachr.“ berichtet wird, Cannes verlassen, um bei ihrem Vater, dem Großfürsten Michael, einen mehrwöchigen Aufenthalt zu nehmen. Auf der Reise nach Petersburg wird die Großherzogin Ende nächster Woche nach Schwerin kommen. Der Großherzog verläßt mit den kaiserlichen Kindern Cannes ebenfalls in den nächsten Tagen, um langsam heimwärts zu reisen. Zunächst begibt sich derselbe in Begleitung des Großherzogs nach Aix-les-Bains, während die Herzoginnen Alexandrine und Cecilie zum Kurgebrauch nach Wiesbaden reisen. Die Rückreise des Großherzogs nach Schwerin ist für Mitte Juni in Aussicht genommen.

— Zum Kaiserbesuch in Danzig wird von dort unterm 9. d. M. geschrieben:

Ein halbes Treiben und Schaffen ist an allen Plätzen, welche in den Kaiserstadt hier der Kaiser passieren wird, zu bemerken. Auf der kaiserlichen Fahrt wurde auch Sonntag gearbeitet. An der Mittellinie sind von Seiten der Stadt zwei neue Anlagen erbaut, während die kaiserliche Fahrt an dem Bauplatz der „Hohenjollen“ auch eine Brücke herstellt. Ebenso wird auf der Schiffschiffen der eine Uebergangsstrecke erbaut, von welcher der Kaiser eine Passage befehlen, um sich an Bord der „Hohenjollen“ zu begeben. Bei der Ankunft des Kaisers mit dem Sonntagszug am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 6 Uhr 5 Min., findet auf der von dem Kaiser Thore hergestellten Halle kein Empfang statt; nur der Oberpräsident v. Götzer, der Polizeipräsident Freyher von Reibitz, der Geheim Kommerzienrat Schöna und der Ingenieur Ziese werden dem Kaiser begrüßen. In Begleitung des Kaisers werden sich, wie hier verlautet, u. a. auch Prinz Friedrich Leopold, Ministerpräsident Graf Eulenburch und Minister Herrfurth befinden. Außer vielen anderen Schmuck wird auch vor dem Schloßhaus eine via triumphalis errichtet, welche von einigen Einsparungen, wie „Liebe des Volkes“, „Bildung und Duldung“ etc., geziert wird. Den Schluß der Kaiserfahrt bildet die Weichselschiffahrt nach Dirschau.

— Am 29. Mai findet in Ditz ein national-liberale Parteiverammlung für den Regierungsbezirk Wiesbaden statt.

— Dem Vernehmen nach sind in dem neuen, gegenwärtig den Bundesrats-Ausschüssen vorliegenden Wahlgesetzreglement für die Eisenbahnen Deutschlands bezüglich der Bestimmungen, welche sich auf das Verhältnis des Publikums zu den Bahnen beziehen, zahlreiche Änderungen nicht eingetreten. Von allgemeinem Interesse dürfte darunter nur die sein, daß mit Rücksicht auf eine gerichtliche Entscheidung in Zukunft auch das Einsteigen in einen Zug in Bewegung befindlichen Zug, sowie das Aussteigen aus einem bereits in Bewegung gesetzten Zug unter Strafe gestellt werden sollen.

— Das Abgeordnetenhaus hatte am Dienstag wieder einen großen Tag. Die Tribünen waren in Erwartung der Verhandlung über den Antrag Richter betreffend die Niederlegung kaiserlicher Gebäude in der Umgebung des königlichen Schlosses in Berlin bis zum letzten Platz gefüllt. Die Erwartungen vieler, daß die Verhandlungen zu einem großen Aergerniß führen würden, wurden nicht erfüllt; indes konnten alle eine große Rede des Abgeordneten Richter hören. Es ist immer ein Genuß, eine Richter'sche Rede zu hören, auch für diejenigen, welche mit dem Abgeordneten Richter in keiner Weise einverstanden sind. Das kommt daher, daß der Abgeordnete Richter aus zweifelsfrei einer der ersten Parlamentarier ist. Die Reden des Abg. Richter wollen angehört und nicht bloß gelesen werden. Man muß Richter sprechen hören, muß bei seiner Rede seine Plumpen

Gestalt mit dem Sternschnäbel sehen, muß den ganzen, mächtig gestirnten Reichs-volker im Auge haben, um seine Rede würdigen zu können — Mann und Rede decken sich vollständig. Abgeordneter Richter ist einer der wenigen Redner, die niemals langweilig werden und denen man Stundenlang zuhören kann. Richter zeigt sich auch in seinen Reden als eine agitatorische Kraft allerersten Ranges; er mischt seiner Rede immer etwas Fasel bei; auch seine besten Reden haben einen demagogischen Anstrich an sich. Der Redegewaltige ist immer rücksichtslos und maßlos offenherzig, seine Gegner zermalmt er unbarmherzig. Wie vor einiger Zeit den früheren Oberpräsidenten Richter, so sucht er heute den Oberverwaltungs-Gerichtsrath Kunze, den „Mann genannt Kunze“, zu vernichten. In der Form ging er dabei an die äußersten parlamentarischen erlaubten Grenzen, von Höflichkeit und Vornehmheit war keine Spur zu entdecken. Als Richter behauptete, Kunze wolle Mitleid mit den Preußen sein, fragte man sich allgemein im Abgeordnetenhaus, ob denn eigentlich in dieser Beziehung ein großer Unterschied zwischen Herrn Kunze und dem Volksrecht Richter bestehe? Auch heute war Richter wie immer nur negativ; Kritik, tadeln, nörgeln und zerstören ist seine Stärke. Richter ist nichts weniger als ein großer Staatsmann, wohl aber ist er ein großer Redner und politischer Kämpfer.

— Die Terziarbahngesellschaft des Abgeordnetenhauses, welche am Montag Abend ihre Arbeiten fort. Die §§ 8 (Verpflichtungen der Erbauer neuer Terziarbahnen gegenüber der Reichspost- und Telegraphenverwaltung), 9 (Recht des Anschlusses), 10 (Geldstrafen bei Nichterhaltung der Frist für Ausführung der Bahn oder Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Betriebes) wurden ohne erhebliche Änderungen nach der Vorlage angenommen. Im § 11 wird bestimmt, daß die Genehmigung auf Zeit erteilt werden kann und daß Fahrpläne und Preise in bestimmten Zeiträumen erneuter Prüfung unterliegen; es wurde mit Zustimmung der Regierungsdirektoren folgende Fassung beschlossen: Die Genehmigung kann auf Zeit erteilt werden. Sie erfolgt unter dem Vorbehalt der Rechte Dritter, der Ergänzung und Abänderung durch Feststellung des Bauplans. Wesentliche Änderungen des Unternehmens der Anlage oder des Betriebes bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörde. Von der Feststellung eines Fahrplans kann für einen bei Ertheilung der Genehmigung festzusetzenden Zeitraum abgesehen werden. Der Zeitraum kann verlängert werden. Im übrigen unterliegt der Fahrplan erneuter Prüfung in Zeiträumen, welche bei der Genehmigung festzusetzen sind, durch die Behörde. Dem Unternehmer steht innerhalb eines bei der Genehmigung festzusetzenden Zeitraumes von mindestens fünf Jahren nach der Eröffnung der Bahn die Feststellung der Beförderungspreise zu. Nach Ablauf des Zeitraumes unterliegen die Beförderungspreise in bei der Genehmigung zu bestimmenden Zeiträumen der Prüfung und Festlegung durch die Behörde. Die Beförderungspreise sind nur dem Höchstbetrage nach festzustellen. Bei Feststellung derselben ist die finanzielle Lage des Unternehmens zu berücksichtigen und auf eine angemessene Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals Bedacht zu nehmen. § 12 wurde mit einer vom Abgeordnetenhaus beantragten Änderung im zweiten Absätze, welche lautet: „der Ausbaurücklage der Genehmigungsurkunde müssen die nach § 10 geforderten Sicherstellungen vorausgesetzt“, angenommen. § 13, welcher von der Enteignung handelt, wurde in folgender Form angenommen: Mit dem Bau von Bahnen, welche für den Betrieb mit Maschinenkraft bestimmt sind, darf erst begonnen werden, nachdem der Bauplan in folgender Weise festgestellt worden ist: 1. Der Bauplan feststellen werden die feinsten der Behörde, welche die Genehmigung erteilt hat, vorläufig getroffenen Festlegungen zu Grunde gelegt. 2. Plan nebst Anlagen und der Güterverkehr während vierzehn Tagen zu Jedermanns Einsicht offenlegen. Die Zeit der Offenlegung ist ortsbekannt zu machen. Während dieser Zeit kann jeder Vertheilung im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Der Vorstand des Gemeinde- oder Kreisbezirks hat das Recht Einwendungen zu erheben, welche sich auf die Richtung des Unternehmens oder auf Anlagen der in § 14 dieses Gesetzes gedachten Art beziehen. Die Behörde, welche die Genehmigung erteilt hat, hat diejenige Stelle zu bezeichnen, bei welcher solche Einwendungen schriftlich einzulegen oder mündlich zu Protokoll zu geben sind. 3. Nach Ablauf der Frist prüft der Regierungspräsident die gegen den Plan erhobenen Einwendungen und erörtert dieselben mit dem Unternehmer und den Beteiligten vorgeladen werden müssen und Sachverständigen zugezogen werden können. 4. Nach Beendigung der Verhandlungen beschließt die genehmigende Behörde über die erhobenen Einwendungen und stellt darnach 1. den Plan, 2. die Anlagen, zu deren Errichtung und Unterhaltung der Unternehmer verpflichtet ist (§ 14) fest.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend das Dienstverkommen der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Schulen fuhr Dienstag Abend in der Beratung des § 2 fort. Derselbe stellt es den Bürgern einer Gemeinde frei, zu beschließen, daß das Ansehen der wissenschaftlichen Lehrer im Gehalt statt nach dem System der Alterszulagen nach Maßgabe des für die einzelne Anstalt oder für mehrere Anstalten zusammen aufzustellenden Besoldungsbezug erfolgt u. s. w. Finanzminister Dr. Miquel warnte, zu sehr die Selbstständigkeit der Gemeinden zu beeinträchtigen. Die Lehrer an höheren Anstalten genießen schon Vorzüge vor anderen Beamten, denen Gehaltsaufbesserungen nicht zu Theil geworden seien. Man solle daher nicht zu viel fordern, denn sonst würde die Verstaatlichung von städtischen Lehranstalten beschleunigt werden, was gegen das Interesse der Kommunen verstoße. Eine absolute Gleichstellung lasse sich nicht erreichen, da manche Kommunen schon mehr leisteten, als verlangt werde. § 2 wurde schließlich mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Zu § 1 war nachträglich der Antrag Amendement gestellt worden, daß die Gehälter der seminariell gebildeten Lehrer auch den jeweiligen Bestimmungen entsprechen sollen, welche

später für die öffentlichen Schulen Geltung finden werden. Die Kommission lehnte diesen Antrag gegen 6 Stimmen ab.

— Im Abgeordnetenhaus hat der Abg. von Schallha einen Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf einzubringen, des Inhalts, daß in dem Absatz 2 eingeschaltet werde: Diefelbe Strafe (Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnis bis zu 3 Monaten) trifft den Vorstehenden und die Mitglieder der Veranlagungs-Kommission, welche einen Bescheid im Widerspruch mit dessen auf Pflicht und Gewissen abgegebene Steuererklärung eingeschaltet haben, bevor alle in dem § 38 Absatz 2 angegebenen Beweismittel zur Feststellung der Wahrheit und Vollständigkeit der von dem Bescheid angegebenen Angaben diesem oder von der Kommission erschöpft sind.

— Wie schon mitgeteilt, ist gegenwärtig ein das ganze öffentliche und private Wasserrecht umfassendes Gesetz in Vorbereitung. Obwohl nun die Vorarbeiten unter Leitung des Unterstaatssekretärs Dr. v. Marcard, eines der ersten Kenner der Materie, mit allen Kräften gefördert werden, so wird doch voraussichtlich noch eine geraume Zeit vergehen, bis der Entwurf zur Begutachtung im Abgeordnetenhaus gelangen wird.

München, 11. Mai. (W. T. V.) Der durch seine kirchlich-historischen Arbeiten bekannte Konventual der heiligen Benediktiner-Abtei Pius Gams ist heute gestorben.

München, 11. Mai. (W. T. V.) Die heiligen Gemeindegemeinden haben in einer gemeinsamen nicht öffentlichen Sitzung beschlossen, beim Reichs-Invalidenfonds eine Stadtsanleihe im Betrage von 10 Millionen Mark aufzunehmen.

München, 11. Mai. (W. T. V.) Der Finanzminister Freyher v. Riebel erklärte, er wisse nichts von der Absicht einer Abänderung bezüglich der Reichsteuer auf Branntwein, wiewohl er entschieden gegen eine solche Abänderung. Der Kultusminister Dr. v. Müller brachte eine Vorlage ein betreffend die Forderung von 1,100,000 Mark als erste Rate für den Neubau eines National-Museums in München.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Mai. (W. T. V.) Die Leichenfeier für den Handelsminister Baroff gestaltete sich zu einer imposanten Trauerfeier. An derselben nahmen Theil: Vertreter des Kaisers, des gemeinsamen, sowie des österreichischen Ministeriums, des ungarischen Kabinetts, beider Häuser des Reichstages, Vertreter des Auslands, der Offizierskorps und zahlreiche Deputationen. Nach Beendigung der Feier wurde die von dem Kaiser-Primas eingeleitete Leiche beifalls Ueberführung nach Olava nach dem Bahnhofs gebracht. Die Wache und die Gefolge waren geschlossen, die Stadt hatte Trauerschmuck angelegt. Ueberaus zahlreiche Kranzspenden waren eingegangen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge wohnte der Trauerfeier bei.

Belgien.

Brüssel, 10. Mai. (W. T. V.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte die Kammer mit 110 gegen 13 Stimmen und bei 6 Stimmenthaltungen den Artikel 1 der revidierten Verfassung, durch welchen Belgien in 9 Provinzen eingetheilt wird. Artikel 26, welcher das königliche Referendum zur Folge hat, wurde mit 78 gegen 48 Stimmen angenommen. Woeffe (Rechte) erklärte, die Rechte stünne dem Artikel 26 der Revisionsvorlage nur unter Vorbehalt zu. Die vorgeschlagene Revision des die Prüfung der Wahlen der Kammermitglieder betreffenden Artikels 34 wurde mit 120 gegen 11 Stimmen verworfen, nachdem diejenige des Artikels 36, betreffend obligatorische Wiederwahl der zu Ministern ernannten Kammermitglieder, mit 78 gegen 52 Stimmen angenommen.

Brüssel, 10. Mai. (W. T. V.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß wegen der starken Opposition der Rechten in der Referendums-Angelegenheit und des Scheiterns der Vorlage betreffend die proportionale Vertretung der Minoritäten der Ministerpräsident Vermaert seine Demission einreichen beabsichtigt.

— Bis jetzt haben indessen diese Mittheilungen keine Bestätigung erfahren. Nach der Kammerführung hat ein Ministerkath statgefunden.

Küttich, 10. Mai. Fast sämtliche Rechtsanwälte, welchen die verhafteten Anarchisten ihre Vertretung übertragen wollten, haben dieses Aninnen zurückgewiesen. Den meisten Beschuldigten werden also Vertretiger von Amts wegen bestellt werden müssen. Für die drei Anarchisten, welche in der Rue Dors-Quatre auf eine Streifwache der Bürgerwehr schossen, sind die Advokaten Van der Berg und Jamar zu Verteidigern ernannt worden.

Charleroi, 11. Mai. (W. T. V.) Der Grubenbrand von Anderlues, welchen man für völlig gelöscht hielt, ist plötzlich in Schacht 3 wieder ausgebrochen. Die Arbeiter wurden sofort aus dem Schachte zurückgezogen.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. Der Anarchismus scheint unserer heutigen Generation im Blute zu liegen, denn nicht nur die Anarchisten und Genossen legen sich gegen das Gesetz auf, sondern auch hohe Kirchenfürsten, die in erster Linie dem Stellvertreter Gottes auf Erden Gehorsam schuldig sein sollten, zeigen offenen Widerstand gegen die Weisheit von Rom und setzen sich zum Papst in Rebellion. Wenn man vom katholisch-gläubigen Staupunkte schon den bekannten Hirtenbrief der französischen Bischöfe und den passiven Widerstand, den der Papst bei der heiligen Geistlichkeit findet, als ein starkes Stütz bezeichnen mußte, so ist das doch nichts gegen das Interview des Monignores Pust, dessen Inhalt Oben telegraphisch übermittelt worden ist. Dasselbe spricht so überzeugend für sich selbst, daß eine weitere Beleuchtung kaum nöthig ist. Der Papst wird da von einem hohen Kirchenfürsten für einen etwas thörichten Opportunisten erklärt, der durchaus nicht unfehlbar sei und dessen Weisungen sich ein guter Katholik gar nicht zu fügen habe. Wenn das ein Aufschrei ausproche, so ließe sich das ja sehr wohl begreifen, daß aber eine solche Ansicht von einem hohen Geistlichen vertreten wird, zeigt denn doch von einer in der französischen Kirche eingerissenen Disziplinlosigkeit, auf die man in Rom wohl kaum gefaßt gewesen ist. Bei solchen Zuständen kann man es wohl glauben, daß die

hohe Geistlichkeit sich im vertraulichen Gespräch noch viel weniger Zwang auferlegt und den Papst nicht viel besser behandeln soll als den Antichrist. Es sollen Aeußerungen gefallen sein, wie „man müsse dem Papste, wenn er nicht bald zur Vernunft käme, die Temporalien sperren“, oder „man müsse hoffen, daß Leo XIII. bald einem bessern Papste Platz machen möge“. Was wird nun Rom zu diesem Prälaten sagen? Der heilige Nuntius hatte ihn allem Anschein nach ganz richtig erkannt, als er sich vor einigen Monaten seiner Wahl zum Papste widerlegte; aber wie man damals nicht wagte, ihn offen entgegenzutreten, so wird man wohl auch jetzt vor einem förmlichen Anarchismus zurückschrecken, denn der Papst wird sich wohl nicht verhehlen können, daß es mit seiner Allmacht in Frankreich vorüber ist. Und das ist nicht ganz unbedeutend: vor Jahren begab man die Geistlichkeit zum Kampfe gegen den Staat und duldet sie ermutigte es, daß sie sich in offene, wenn auch aus guten Gründen nur platonische Opposition gegen die Regierung stellte und einen wüthenden Hohn gegen alles führte, was in Frankreich staatliche Autorität hieß. Jetzt hat sie sich in diese Oppositionsrolle so eingelebt und gefaßt sich so gut in ihr, daß sie sich auch dem heiligen Stuhle nicht mehr fügt und daß dieser in sehr unangenehmer Weise etatet, was er selbst angestiftet hat. Darin liegt auch eine immense Gerechtigkeit.

Paris, 10. Mai. Der Gesetzesvorschlag der Regierung betreffend die Entschädigungen für die Dynamitantische fordert für die Bewohner des Hauses in der Rue Cléry 160,000 Franken, für das Haus 72,000 Franken, für das an dem Boulevard St. Germain 50,000 Franken und für das Restaurant Verv 7000 Franken. Sie wird des weitern noch über eine Entschädigung für die Witwe Vervs und dessen Tochter befinden. Der Vorschlag betreffend die Vermehrung der Polizei fordert 1100 Stadtserganten.

Paris, 11. Mai. (W. T. V.) Der frühere italienische Vizekonsul General Menabrea hat heute dem Präsidenten Carnot sein Abberufungsschreiben überreicht.

Gen, 11. Mai. (W. T. V.) Bei einem gestern stattgehabten Bankett der Handelskammer hielt der Deputirte Lomard eine Rede, in welcher er ausführte, daß die Beziehungen zu den benachbarten Völkern gesichert werden müßten. Der Handelsminister Jules Roche erwiderte mit einem Proteste gegen die absoluten Theorien in den ökonomischen Fragen und versicherte, die Regierung werde in richtigem Maße die nationale Arbeit zu schützen wissen.

Italien.

Rom, 10. Mai. Die Uste der neuen Minister löst auf Widerspruch der besonderen Interessen der verschiedenen Kammerfraktionen. Die Uste, die den Vorzug verlangt, ist wenig zufrieden, das rechte Zentrum verlangt eine größere Vertretung. Blanc als Minister des Aeußern und Marfelli als Kriegsminister finden keinen besonderen Beifall, daher thut Giolitti sein Möglichstes, damit Brin das Aeußere übernehme. Bisher lehnt Brin ab, weil Crispi und Zanardelli sich nicht an der Kombination beteiligen. Als Kriegsminister wird auch General Ricci bezeichnet. Die Uste ist also noch nicht definitiv. Die Radikalen und die Freunde Ricceto's werden heftige Opposition machen, da sie behaupten, es handle sich um ein Hofkabinet. Nach allgemeinem Urtheil gilt das Kabinet Giolitti, den man alku bescheiden findet, als ein Vorbild für die Rückkehr Crispi.

Rom, 11. Mai. (W. T. V.) In unterrichteten Kreisen gilt es als sicher, daß Giolitti in dem neuen Kabinet das Präsidium und das Innere, Bonacci das Portefeuille der Justiz und Martini dasjenige des Unterrichts übernehmen werden. Ebenso sei der Eintritt von Sonnino, Lacava und Genala in das neue Kabinet als gewiß zu betrachten, doch liese noch nicht fest, welche Ressorts dieselben übernehmen werden.

Großbritannien und Irland.

London, 11. Mai. (W. T. V.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Alexandria von gestern wurde der künftige Ägypter Zäger in Begleitung einer Frauensperson Namens Ketz durch den deutschen Konful und die ägyptische Polizei verhaftet. Zäger und die Frauensperson seien am 23. v. M. in Suez eingetroffen und hätten eine Woche in Kairo verbracht. In Ramleh seien dieselben am 1. d. M. unter dem Namen Randolph eingetroffen. Zäger hätte täglich die Wache von Alexandria besucht. Die Feststellung der Identität der Person sei dadurch erschwert gewesen, daß Zäger nach seinen Photographien langes Haar und einen Bart trug, während er sich nach der Flucht den Bart habe abnehmen und das Haar kurz schneiden lassen. Im Augenblick seiner Verhaftung habe Zäger einen Revolver aus der Tasche gezogen, sei jedoch entwaffnet und gefesselt worden. Im Gepäck, welches Zäger bei sich führte, seien Bankbilletts gefunden worden, welche den größeren Theil des Betrages repräsentierten, den Zäger entwendet haben soll.

London, 11. Mai. (W. T. V.) Der Premierminister Lord Salisbury und der erste Lord des Schatzes Balfour empfingen heute Nachmittag eine Deputation der städtischen Gewerksvereine, welche die Nothwendigkeit der Einführung des Achtstundentages darlegte. Die Gewerksvereine seien entschlossen, diese Angelegenheit bei den Wahlen zur entscheidenden Frage zu machen. Salisbury erwiderte, er empfehle der Deputation, obgleich er mit ihren Ansichten nicht übereinstimme, die öffentliche Meinung allmählich für die Idee des Achtstundentages zu gewinnen. Einer etwaigen diesbezüglichen Gesetzgebung müsse eine umfängliche Erörterung vorausgehen. Durch Streiks lasse sich der Achtstundentag nicht erzwingen. Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die ersten Gefahren hin, welche entstanden, wenn man die Arbeitgeber in ihrer Thätigkeit allzusehr durch Gesetze einschränke und sie dadurch aus dem Lande treibe. Balfour sprach sich in ähnlichem Sinne aus.

London, 11. Mai. (W. T. V.) Der Premier Lord Salisbury und der Kanzler der Schatzkammer Goldsmid empfingen heute eine Deputation, bestehend aus zahlreichen Mitgliedern des Parlaments, Vertretern der Handelskammern, Industriellen und Bankiers, welche ein internationales Abkommen bezüglich der Frage des Bimetallismus befragten. Goldsmid erwiderte, die englische Regierung habe vor zwei Tagen eine

Einladung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einer Konferenz erhalten, zum Zweck der Beratung von Maßregeln, welche den Gebrauch von Silber in dem Münzumschlag-System der Nationen zu vergrößern geeignet wären. Die englische Regierung habe die Einladung angenommen, binde sich indessen hierbei in keiner Weise an irgend ein Prinzip. Die Einladung sei so abgefaßt, daß sie alle Beteiligten leicht annehmen könnten. Die Regierung werde die Interessen Jubiens im Auge behalten und hoffe, daß die Konferenz eine befriedigende Lösung der betreffenden Frage herbeiführen werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Mai. (W. T. V.) Die außerordentliche Session des Reichstages ist heute geschlossen worden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Mai. (W. T. V.) Der Reichsrath genehmigte in seiner Sitzung mit 192 gegen 170 Stimmen die Regierungsvorlage betreffend die Erhöhung der Beträge für die zu Waffenübungen einberufenen Mannschaften auf 1 1/2 Millionen Kronen; dagegen wurde die Vorlage einer permanenten Befestigung bei Tingsåde in Gotland abgelehnt.

Stockholm, 11. Mai. (W. T. V.) Der Finanzausschuß beschloß mit 13 gegen 11 Stimmen, die Annahme der Vorlage betreffend die Herstellung einer Dampfschiffverbindung Trelleborg-Sagvik im Plenum zu beantragen.

Rußland.

Petersburg, 11. Mai. (W. T. V.) Stadthauptmann Generalleutnant Greffer ist heute Nachmittag 5 1/2 Uhr gestorben.

Petersburg, 11. Mai. (W. T. V.) Der Petersburger „Kz.“ zufolge starb vor einigen Tagen der dem Großfürsten Michael Nikolajewitsch attachirte Generalmajor Karl Baranow in Folge festlicher Vergiftung durch eine Spritze, mit welcher derselbe sich subcutane Bistuln-Einpritzungen machen ließ. Wie mehrere Blätter melden, wären die Bistuln-Vorräthe des Erfinders derselben, Gatschkowsky, konfiszirt worden.

Petersburg, 11. Mai. (W. T. V.) Der heilige „Börzenza.“ zufolge macht sich jetzt auch im Kreise Seleg (Gouvernement Dnel) sowie in den Gouvernements Woronesch und Samara Regenmangel fühlbar.

Bulgarien.

Sofia, 11. Mai. (W. T. V.) Heute wurde hier ein Rumäne Namens Caccart unter dem Verachte verhaftet, in herzogliche Hofe an der russischen Bomben-Affäre betheiligt gewesen zu sein.

Rizow ist heute unter Genarmen-Gefolge an die russische Grenze gebracht worden.

Griechenland.

Athen, 11. Mai. (W. T. V.) Die königliche Familie wird unmittelbar nach den Wahlen (15. d. M.) nach Kopenhagen abreisen.

Amerika.

Portland (Oregon), 11. Mai. (W. T. V.) (Meldung des „Newerchen Bureau.“) In einer der in der Grafschaft Washington belegenen Kohlengruben fand eine Explosion statt, von welcher gegen 40 in dem vierten Schachte arbeitende Bergleute betroffen wurden. Bisher sollen 6 Leichen zu Tage gefördert sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. Mai. Heute Vormittag trafen bereits sechs Hofequipagen und 30 Pferde, darunter mehrere Reispferde aus dem kaiserlichen Marfial hierseits ein. Einige Pferde finden in dem Stalle des Schlosses, die übrigen in den Ställen der Artillerie-Kaserne Unterhalt. — In der Begleitung des Kaiserpaars nach hier werden sich die Minister Herzfurth, Heiden-Rabow, v. Kallenborn-Stachow und der Staatssekretär v. Malzahn-Salk befinden. Wie wir hören, hat Se. Maj. der Kaiser die Theilnahme an dem von dem Offizierskorps des Königs-Regiments veranstalteten Essen telegraphisch abgelehnt, dagegen wird derselbe am Sonnabend nach der Parade der Einweihung des Offiziers-Kasinos des genannten Regiments beiwohnen. Die Kaiserin wird am Sonnabend Vormittag das Schloß nicht verlassen, selbst aber die Vorbereitungen der Hofgesellschaften in Audienz empfangen. — In allen Straßen der Stadt steht man heute schon viele fleißige Hände beschäftigt, um die Ausbesserung zu besenden und läßt sich aus den Vorbereitungen schon erkennen, daß dieselben einen Umfang annehmen wird, wie es in unserer Stadt lange nicht der Fall war; in der Festtrage werden besonders durch ihre prächtige Dekoration das Rathaus, das Berlinerthor, das Gebäude der „Germania“, der Bismarck am Kreuzungspunkt des Parades- und Königsplatzes, die Denkmäler Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III. und das Stadttheater hervorstechen.

— Aus Anlaß der Annäherung Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin in Stettin werden seitens des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts Stettin-Bromberg folgende Sonderzüge eingelegt werden:

1. Am 13. und 14. Mai:
 - a) ein Vorzug für Zug 26 von Belgard bis Stettin. Abfahrt von Belgard 6 Uhr 25 Minuten früh. Abfahrt von Stargard 9 Uhr 24 Minuten. Ankunft in Stettin 10 Uhr 18 Minuten.
 - b) ein Vorzug für Zug 24 von Belgard bis Stettin. Abfahrt von Belgard 5 Uhr 15 Minuten Nachmittags. Abfahrt von Stargard 8 Uhr 17 Minuten. Ankunft in Stettin 9 Uhr 13 Minuten.
 - c) ein Nachzug von Zug 22 von Stargard bis Stettin. Abfahrt von Stargard 3 Uhr 2 Minuten Nachmittags. Ankunft in Stettin 3 Uhr 47 Minuten.
 2. Am 15. Mai:
 - a) ein Vorzug für Zug 26 von Stargard bis Stettin. Abfahrt von Stargard 9 Uhr 24 Minuten Vormittags. Ankunft in Stettin 10 Uhr 18 Minuten.
- Zu diesen Sonderzügen, welche auf allen Stationen halten, werden Sonder-Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse nach Stettin mit dreitägiger Gültigkeitsdauer zum einfachen Personenzug-Preis herausgegeben. Die Rückfahrt kann in

